



Inhalt

1. Olympische Spiele in Deutschland – Es wird mal wieder Zeit..... 2
2. Wir brauchen mehr Kinder 3
3. Regierung missbraucht das Jahressteuergesetz 4
4. Einwanderungsland oder Auswanderungsland –
Eine Frage der Perspektive..... 5
5. Drucksachen der AfD-Fraktion.....6

DEM DEUTSCHEN VOLKE

1. Olympische Spiele in Deutschland – Es wird mal wieder Zeit

Diese Sitzungswoche war buchstäblich die Woche des Sports im Deutschen Bundestag. Die AfD hat 2 Olympiaanträge eingebracht und die Union ist mit zwei weiteren Sportanträgen ins Rennen gegangen. Bei den Regierungen der letzten Jahrzehnte kann eine sträfliche Vernachlässigung des Sports erkennen: Sie trägt rein gar nichts dazu bei. Keine Anträge, keine Vorschläge, nichts.

Deutschland war einst eine Sportnation von Weltrang. Aber nach 25 Jahren Politikversagen ist vom einstigen Glanz wenig übrig. Wie auch? Spitzensportler sind kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis von viel Schweiß, Arbeit und eben auch von einer guten Struktur. Heutzutage wird in der Politik aber nicht mehr mit Ergebnissen gepunktet, sondern man kündigt nur noch großspurig an. Statt den Sport institutionell effektiv zu fördern und Talente, insbesondere aus der Mittelschicht, früh zu erkennen, werden in Deutschland hier und da mal eine Million für eine sogenannte -Expertise Strategie Sportgroßveranstaltungen- ausgegeben.

Die AfD fordert in ihren Anträgen die Bundesregierung also ausdrücklich auf, jede ernst zu nehmende Bewerbung einer deutschen Stadt für Olympische Sommer- und Winterspiele politisch und organisatorisch in vollem Umfang zu unterstützen.

Jörn König erklärt: „Olympische Spiele sind das größte universale und großartigste Sportereignis weltweit. Deutschland hat seit 1972, den Sommerspielen in München, aber keine Spiele mehr ausgerichtet. Schuld daran ist eben insbesondere diese grottenschlechte Sportpolitik in Deutschland, die in den letzten 25 Jahren einfach geschlafen hat. Die Olympischen Spiele nach Deutschland zu holen wäre mal ein echter Wurf und würde wirklich mal was für unsere Sportlandschaft tun. Dafür steht die AfD halt: Anpacken wo die Regierung versagt.“

Hier könnt Ihr meine Rede dazu sehen:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7548836#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTQ4ODM2&mod=mediathek>

2. Wir brauchen mehr Kinder

Die Deutschen haben verlernt, Kinder zu bekommen. Die Geburtenrate in Deutschland ist auf einem anhaltend schlechten Niveau. Rund 58 Prozent der Deutschen geben an, dass Kinder einen zu großen Kostenfaktor darstellen, 48 Prozent sehen Vereinbarkeitsprobleme mit der Karriere.

Es ist eigentlich ganz einfach:

- In einer Agrargesellschaft sind Kinder die Altersversorgung
- In einer industriellen Eigentumsgesellschaft mit arbeitsteiliger Lohnarbeit sind Kinder für den Erwerb von Eigentum und Geld eher hinderlich, da für Kinder Geld, Zeit und andere Ressourcen aufgebracht werden müssen.
- Wenn diese Gesellschaft ein Sozialstaat mit Rentenversicherung ist, sind Kinder
 - a) Eine Einkommensquelle für die transferabhängige Unterschicht
 - b) Ein finanzielles Risiko für die Mittelschicht
 - c) Kein Problem für die Oberschicht

Die AfD-Bundestagsfraktion hat daher einen sehr wichtigen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der arbeitende Familien mit bis zu drei Kindern steuerlich besserstellen sollen als Singles oder kinderlose Paare.

Jörn König meint: „Während die Bundesregierung mit aller Kraft versucht all unsere Probleme mit Einwanderung zu lösen und dabei nur noch mehr Probleme verursacht, haben wir eine echte Lösung für dieses große Problem. Es kann nicht sein, dass sich unsere Gesellschaft in eine Richtung entwickelt und Kinder für so viele Menschen eine nicht zu stemmende Belastung darstellt, dass wir stattdessen lieber das Land eingewanderten Völkern überlassen. Die propagierte Lösung der alten Parteien besteht darin, einfach weiter alle reinzulassen und dann zu hoffen, dass die benötigten Fachkräfte unter den massenhaft Zugewanderten sind. Aber ich muss hier mal klar sagen, dass eine solche Politik einfach nur parasitär ist. Wir nehmen anderen Ländern -angeblich- Fachkräfte weg, um sie aus egoistischen Motiven zu uns zu holen. Diese Politik stimmt vorne und hinten nicht und daher tun wir hier im Bundestag alles dafür, dass die Deutschen wieder mehr Kinder bekommen.“

Hier könnt Ihr die Rede zu dem Antrag sehen, bei dem ich unter Federführung von Martin Reichardt mitgearbeitet habe:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7548927#url=L2lZGlhdGhla292ZXIsYXk/dmlkZW9pZD03NTQ4OTI3&mod=mediathek>

3. Regierung missbraucht das Jahressteuergesetz

Die Erarbeitung des Jahressteuergesetzes war ein neuerlicher Tiefpunkt des deutschen Parlamentarismus. Die Ampel hat den Skandal der Großen Koalition aus dem Jahr 2019 noch einmal getoppt und ganze 32 Änderungsanträge erst Stunden vor der Ausschusssitzung an die A. Der letzte sogar erst 2 Minuten vorher.

Das Jahressteuergesetz ist historisch gewachsen und immer ein kleinerer oder größerer Rundumschlag meist mit Anpassungen aufgrund von Recht und Rechtsprechung und Vereinfachung von Besteuerungsverfahren. Doch auch hier wollte sich die Ampel keine Möglichkeit entgehen lassen, den Parlamentarismus und die Demokratie zu beschädigen.

Neben dem verfahrenstechnisch absolut inakzeptablen Vorgehen schummelt die Koalition auch kurz vor knapp noch eine satte Übergewinnsteuer in das Gesetz und tarnt sie als EU-Energiekrisenbeitrag.

Da auch mehrere sinnvolle Aspekte wie Regelungen zum häuslichen Arbeitszimmer, Altersvorsorgeaufwendungen und einem Grundrentenzuschlag enthalten sind, hat die AfD-Fraktion sich bei der Abstimmung zu dem Gesetz enthalten. Die überaus deutliche Kritik musste sich die Koalition von der AfD aber gefallen lassen.

Jörn König dazu: „Auf diese Ampel ist wirklich kein Verlass. Man verpasst die absolut notwendige Unterstützung des Mittelstandes nahezu komplett und lässt auch mal wieder die Landwirte baden gehen, indem man ihnen ein erst kürzlich geschaffenes Instrument der Tarifglättung wieder wegnimmt. Es wäre ein wichtiges Signal gewesen, diese Glättung zu verlängern. Und der Höhepunkt ist die Einführung einer Übergewinnsteuer in einem Hau-Ruck-Verfahren. In der öffentlichen Anhörung hat sogar ein ehemaliger Vorsitzender Richter des Bundesfinanzhofes dieses Verfahren komplett zerpfückt. Sogar der wissenschaftliche Beirat im Bundesministerium der Finanzen hat dringend davon abgeraten. Wir sehen also mal wieder, wie die Ampel tickt: Unser System muss radikal verändert werden und da wird auch nicht vor völlig untauglichen Krisenbeseitigungsmaßnahmen halt gemacht. Wie eine zusätzliche Steuer eine angeblich drohende Energienotlage beseitigen soll, ist nicht nur mir ein Rätsel. Man könnte meinen, die künstliche Verknappung von Energie wird herbeigeführt, um Deutschlands Deindustrialisierung voranzutreiben.“

Hier geht's zu meiner Rede zum Jahressteuergesetz:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7549172#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTQ5MTcy&mod=mediathek>

4. Einwanderungsland oder Auswanderungsland – Eine Frage der Perspektive

Nach den Rekordinwanderungsjahren seit 2015 möchte die Ampelregierung nun die Einbürgerung erleichtern. Sämtliche Hürden, von den Sprachkenntnissen bis zu den Fristen, werden aufgeweicht. Sogar die doppelte Staatsbürgerschaft wird von der Koalition beworben. Zuwanderer können ihren vorherigen Pass behalten, statt dass ein klares Bekenntnis zu Deutschland erwartet wird. Insgesamt ergibt sich daraus eine deutliche Abwertung des deutschen Passes, die so schnell nicht rückgängig gemacht werden könnte. Die aktuellen Pläne haben das Potenzial die deutsche Gesellschaft langfristig und nachhaltig zu verändern.

Die AfD-Fraktion kritisiert vor allem die fehlenden Anreize für Fachkräfte, sich für den Standort Deutschland zu entscheiden. Der Fachkräftemangel ist eigentlich der Vorwand, den die Ampelparteien genau wie in der Vergangenheit die CDU für die unkontrollierte Zuwanderung nutzen. Alle Zahlen weisen jedoch darauf hin, dass die Migration von Fachkräften nach Deutschland ausbleibt. Ganz im Gegenteil, wandern Fachkräfte eher aus Deutschland aus. Diese Entwicklung zu bekämpfen, ist jedoch kein erklärtes Ziel unserer Regierung.

Jörn König meint: „Obwohl ein Großteil, der seit 2015 eingewanderten Migranten nach inzwischen sieben Jahren noch keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, sollen diese nun leichter an die deutsche Staatsbürgerschaft herankommen. Die Folgen sind absehbar: steigende Sozialabgaben für die immer weiter schrumpfende Erwerbsbevölkerung. Profiteur davon sind ausschließlich die linksgrünen Parteien, die sich davon eine schnell wachsende Wählerbasis erhoffen können. Nun muss man sich fragen, wie lange der Sozialstaat diese Last noch tragen kann, bis er zerbricht.“

5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/4500 [Drucksache als PDF](#) Digitale Souveränität in der Digitalstrategie der Bundesregierung -20/3914-
- 20/4503 [Drucksache als PDF](#) Aktueller Zustand der Mainbrücke Oberndorf auf der Autobahn 70 -20/4239-
- 20/4504 [Drucksache als PDF](#) Aktueller Zustand der Main-Flutbrücke auf der Autobahn 70 -20/4236-
- 20/4505 [Drucksache als PDF](#) Aktueller Zustand der Rostebrücke auf der Autobahn 71 -20/4235-
- 20/4574 [Drucksache als PDF](#) zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3526, 20/3527, 20/3528 – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)
- 20/4575 [Drucksache als PDF](#) zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3526, 20/3527, 20/3528 – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)
- 20/4576 [Drucksache als PDF](#) der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3526, 20/3527, 20/3528 – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)
- 20/4577 [Drucksache als PDF](#) zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3509, 20/3526, 20/3527, 20/3528 – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) hier: Einzelplan 09
- 20/4563 [Drucksache als PDF](#) Stand der Maßnahmen zur Digitalisierung der Hochschulen
- 20/4571 [Drucksache als PDF](#) Förderung des Projekts „Ukraine verstehen“ beim Zentrum liberale Moderne durch die Bundesregierung
- 20/4555 [Drucksache als PDF](#) zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3509, 20/3526, 20/3527, 20/3528 – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) hier: Einzelplan 09 Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

- 20/4489 [Drucksache als PDF](#) Finanzierung der Europäischen Säule sozialer Rechte in Deutschland -20/4070-
- 20/4492 [Drucksache als PDF](#) Weitere Hausdurchsuchungen im Umfeld der sogenannten Gruppe E. -20/4222-
- 20/4493 [Drucksache als PDF](#) Deutsche Bahn AG als möglicher Sponsor von Veranstaltungen politischer Parteien -20/4188-
- 20/4496 [Drucksache als PDF](#) Arbeitsbelastung der Bundesministerien -20/4233-
- 20/4497 [Drucksache als PDF](#) Bericht der ZDF-Sendung „Neo Magazin Royale“ über die Führung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik und mögliche Verbindungen zu russischen Geheimdiensten -20/4071-
- 20/4498 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Zurückhaltung einzelner Statements auf Veranlassung staatlicher Stellen beim Kurznachrichtendienst Twitter -20/4223-
- 20/4516 [Drucksache als PDF](#) Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghanen -20/4068-
- 20/4517 [Drucksache als PDF](#) Aktueller Zustand der Saaletalbrücke auf der Autobahn 71 -20/4238-
- 20/4518 [Drucksache als PDF](#) Zu einer feministischen Digitalpolitik -20/3994-
- 20/4524 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Probleme bei der Vertiefung der Bundeswasserstraße Elbe -20/4219-
- 20/4623 [Drucksache als PDF](#) Die Zukunft deutscher Smart Cities-Projekte angesichts der Digitalstrategie
- 20/4624 [Drucksache als PDF](#) Fragen zur Höhe von Sozialleistungen und zum Lohnabstand
- 20/4632 [Drucksache als PDF](#) Konzeption und Kosten der COVID-19-Impfkampagne „Ich schütze mich“
- 20/4633 [Drucksache als PDF](#) Ausstattung von Haltepunkten der Deutschen Bahn mit Aufzugsanlagen zum Erreichen der Barrierefreiheit am Beispiel des Haltepunkts Meinsdorf
- 20/4523 [Drucksache als PDF](#) Feueralarm im Bundesministerium für Digitales und Verkehr -20/4342-
- 20/4532 [Drucksache als PDF](#) Überprüfung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung durch die Financial Action Task Force -20/4286-

- 20/4635 [Drucksache als PDF](#) Fallkonferenzen zwischen den Justizvollzugsanstalten und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/3610)
- 20/4636 [Drucksache als PDF](#) Finanzielle Situation von Witwen und Entwicklung bei den Witwenrenten
- 20/4637 [Drucksache als PDF](#) Staatliche Krisenkommunikation mit der Bevölkerung bei großflächigen Stromausfällen
- 20/4667 [Drucksache als PDF](#) Ungerechtfertigte Steuervorteile für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten abschaffen
- 20/4668 [Drucksache als PDF](#) Keine Familie darf auf der Strecke bleiben – Alle Familien steuerlich entlasten – Senkung der Mehrwertsteuer auf Kinderartikel und Dienstleistungen mit Kindesbezug auf 7 Prozent
- 20/4669 [Drucksache als PDF](#) Pflegeversicherung – Bürokratie abbauen, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entlasten
- 20/4670 [Drucksache als PDF](#) Medizinbürokratismus stoppen – Behandeln statt verwalten
- 20/4671 [Drucksache als PDF](#) Maßnahmen zur Bekämpfung von Mangelernährung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
- 20/4672 [Drucksache als PDF](#) Familien entlasten – Das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting erweitern
- 20/4612 [Drucksache als PDF](#) Politische Zugeständnisse an die Türkei zur Aufgabe ihres Widerstands gegen den NATO-Beitritt von Finnland und Schweden -20/4289-
- 20/4613 [Drucksache als PDF](#) Sanierung des Spreeparks Berlin mit Bundesmitteln - 20/4288-
- 20/4615 [Drucksache als PDF](#) Strafverfahren gemäß § 76a Absatz 4 des Strafgesetzbuchs – Selbstständige Einziehungen -20/4285-
- 20/4617 [Drucksache als PDF](#) Nebentätigkeiten von Bundesbeschäftigten und Ruhestandsbeamten -20/4174-
- 20/4690 [Drucksache als PDF](#) zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung - 20/3712, 20/4596 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierarzneimittelgesetzes zur Erhebung von Daten über antibiotisch wirksame Arzneimittel und zur Änderung weiterer Vorschriften

- 20/4736 [Drucksache als PDF](#) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung -20/3443, 20/4731- Entwurf eines Gesetzes zu dem Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits vom 30. Oktober 2016
- 20/4656 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Tätigkeit des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst in digitalen Medien und sozialen Plattformen
- 20/4657 [Drucksache als PDF](#) Beschaffung von Impfstoffen gegen COVID-19 – Vertragspartner, Leistungsanforderungen, Rücktritts- bzw. Kündigungsklauseln
- 20/4658 [Drucksache als PDF](#) Verwendung naturschutzfachlich wertvoller Flächen aus den noch vorhandenen ehemals volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen der Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH
- 20/4697 [Drucksache als PDF](#) zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD/BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN -20/3872, 20/4343, 20/4694- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes zur Verlängerung des sogenannten Spitzenausgleichs
- 20/4621 [Drucksache als PDF](#) Ausgang und Folgen der möglichen Überprüfungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zweier leitender Beamter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz -20/4344-
- 20/4626 [Drucksache als PDF](#) Aktueller Zustand der Mühlbachthalbrücke auf der Autobahn 70 -20/4237-
- 20/4640 [Drucksache als PDF](#) Entwicklung der Wolfsrisse 2021/2022 und Entschädigungszahlungen -20/4451-
- 20/4641 [Drucksache als PDF](#) Tourismusförderung in Rheinland-Pfalz im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den Jahren 2016 bis 2021 -20/4478-